

Wahlprüfstein DIE LINKE

Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller AoEL e.V.

Dr. Gartenhof Straße 4

97769 Bad Brückenau

Ökologische Lebensmittelwirtschaft

Die Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller e.V. (AoEL) ist der größte Unternehmensverband von Bioproduzenten in Deutschland. Ihm gehören 66 Betriebe aus der Lebensmittelbranche an. Vor der Bundestagswahl am 27. September 2009 möchte die AoEL von den Parteien wissen:
Was wollen Sie dafür tun, dass...

Ökologische Lebensmittelwirtschaft

1. die Lebensmittelversorgung weltweit gesichert wird und die anhaltende humanitäre Katastrophe des Hungers endlich behoben wird?

1. Verstärkte Förderung ländlicher Entwicklung und kleinbäuerlicher Landwirtschaft: Die deutsche und internationale Entwicklungspolitik hat sich in den letzten Jahrzehnten zu stark auf die Förderung Export orientierter, industrieller Landwirtschaft konzentriert. Der Anbau von Nahrungsmitteln für die eigene Bevölkerung wurde dagegen vernachlässigt und blieb zurück. Angesichts der Hunger- und Ökologiekrise muss jetzt umgesteuert werden: DIE LINKE fordert, dass Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, angepasste Technologien und eine gerechte Land- und Ressourcenverteilung ins Zentrum der Förderung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit rücken.

2. Importverbot für Agrartreibstoffe aus Entwicklungsländern: Lebensmittel gehören auf den Teller und nicht in den Tank! Der sich ausweitende Anbau von Agrarkraftstoffen in den Ländern des Südens verdrängt die Nahrungsmittelproduktion und verschärft so Armut und Hunger. Weitere Folgen sind die zunehmende Abholzung von Regenwäldern, eine strukturarme, intensiv bewirtschaftete Monokultur, Erschöpfung der Wasserressourcen und die gewaltsame Vertreibung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern und indigenen Völkern von ihrem Land. DIE LINKE fordert deshalb ein Importverbot für Agrartreibstoffe aus Entwicklungsländern und die Beschränkung auf einheimischen Anbau.

3. Verbot der Spekulation auf Nahrungsmittel: Die Spekulation auf Nahrungsmittel hatte einen großen Anteil an der Hungerkrise vor einem Jahr. Dem Beispiel Indiens folgend fordert DIE LINKE deshalb, solche Spekulationen zu verbieten.

4. Verbot der Gentechnik in der Landwirtschaft: Der Einsatz von Gentechnik wird die kleinbäuerliche Landwirtschaft und den Öko-Landbau vernichten, da die Kontaminierung nicht zu verhindern ist. Es geht bei der Gentechnik um die vollständige Kontrolle der globalen

Nahrungsmittelproduktion, die Konzerne wie Monsanto anstreben. Die Argumente für die angeblichen Vorteile von gentechnisch veränderten Agrarprodukten sind widerlegt: Gen-Nahrungsmittel sind nicht billiger, im Gegenteil, Genmais ist in den USA ein Drittel teurer als konventioneller – bei etlichen Gen-Pflanzen muss der Einsatz von Agrarchemie gesteigert werden, weil Schädlinge resistent werden; auch der Ertrag nimmt ab. Das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag kommt zu dem Schluss, dass ein Nutzen von gentechnisch veränderten Organismen (GVOs) nicht erwiesen ist. DIE LINKE will Agro-Gentechnik in Deutschland verbieten.

5. Abschaffung der EU-Agrarexportsubventionen: Nach den EU-Agrarexportsubventionen für Hühner- und Schweinefleisch hat die EU klammheimlich Anfang 2009 die Agrarexportsubventionen für Milchprodukte eingeführt. Diese Subventionen verbilligen EU-Milchprodukte auf den Märkten im globalen Süden und verdrängen auf diese Weise einheimische Produkte. Subventionen sind mit verantwortlich für zunehmenden Hunger und Armut. DIE LINKE fordert die deutsche Regierung auf, sich in der EU konsequent für den Abbau von Agrarexportsubventionen einzusetzen und neue Erstattungen nicht mehr zuzustimmen.

6. Verbot des Landkaufs in Ländern des Südens für deutsche Konzerne: DIE LINKE unterstützt den weltweiten Protest sozialer Organisationen gegen das sog. Land-grabbing. Deutsche Unternehmen dürfen sich am Land-grabbing nicht beteiligen. Die Bundesregierung muss auf internationaler Ebene aktiv werden: Anstelle großflächigen Landverkaufs oder von Langzeitpachtverträgen sind viel eher Agrarreformen in den Ländern des Südens zu unterstützen, damit dort das fruchtbare Land zur Bewirtschaftung durch die lokalen Landwirte und zur Ernährung der eigenen Bevölkerung bereitsteht.

2) sozial- und umweltgerechte Handelsstrukturen rund um den Globus zügig befördert werden?

Stopp der Freihandelsabkommen zwischen EU und einzelnen Staaten wie Südkorea und Indien, wie auch mit Staatenblöcken wie z.B. ASEAN und Zentralamerika, Außerkraftsetzung der Interim- Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die die AKP-Staaten unter großem Druck der EU unterzeichnet haben. Die jetzige Krise zeigt: Die Politik des Freihandels und der Liberalisierung ist gescheitert. Sie führt zu immer mehr Krisenanfälligkeit und noch mehr Abhängigkeit. Sie behindert die Entwicklung im Süden und die weltweite Durchsetzung des Menschenrechts auf Nahrung. Eine selbstbestimmte Entwicklung und die Ernährungssouveränität in den Ländern des Südens zu stärken, sind hingegen vorrangige entwicklungspolitische Ziele für DIE LINKE. Dazu muss Entwicklungspolitik die Süd-Süd-Beziehungen und regionale Märkte als Gegenpol zur globalen Handelspolitik stärken, die Verarbeitung von Rohstoffen im eigenen Land fördern und für gerechte Preise eintreten. Die lokalen Produzentinnen und Produzenten sind vor Preis-Dumping und Verdrängungswettbewerb zu schützen, die durch die Agrarexportsubventionen der EU und durch Freihandelsabkommen begünstigt werden. Darum sollten die Länder auch die Möglichkeit haben, sich mit Zöllen und anderen Maßnahmen vor Billigimporten zu schützen. Solange aber Ländern des globalen Südens diese Möglichkeit durch die WTO und EU-Freihandelsabkommen verwehrt wird, wird sich Hunger und Armut weiter ausbreiten. Deshalb unterstützt DIE LINKE den Kampf zahlreicher Organisationen der Zivilgesellschaft aus den AKP-Staaten sowie etlicher Regierungen gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU, während die Bundesregierung leider an diesen Armut verschärfenden Abkommen festhält, die eine weitere Marktöffnung für europäische Produkte erzwingen sollen.

3) stabile nationale Versorgungsstrukturen in der Ernährungswirtschaft gefördert werden?

Stabile nationale Versorgungsstrukturen sind aus Sicht der LINKEN in der Ernährungswirtschaft dringend erforderlich und förderwürdig. Die Sicherstellung einer regionalen Nahrungssouveränität bleibt bei Grundnahrungsmitteln eine Aufgabe der einheimischen Agrarwirtschaft. Insofern haben die Agrarbetriebe eine ökologische und soziale Bedeutung, der die gesetzlichen Rahmenbedingungen entsprechen müssen. Zur Unterstützung der einheimischen Agrarwirtschaft wird die kartellrechtliche Stärkung der Angebots- und Produktionsseite gegenüber dem Oligopol des Lebensmitteleinzelhandels gebraucht. Neben der umwelt- und gesundheitlichen Qualität von Nahrungsmitteln wird die geschützte Regionalität als Kaufkriterium für Verbraucherinnen und Verbraucher immer wichtiger. Regionalität muss im Rahmen der Agrarförderung und der europäischen Marktordnungen unterstützt werden. Die Förderung der ländlichen Räume ist auf die Sicherstellung der Ernährungssicherung auszudehnen. Weiterhin sind kartellrechtlich die Anbieterinnen und Anbieter sowie Produzentinnen und Produzenten im Nahrungsmittelbereich durch genehmigte Bündelung der Angebote zu stärken und abzusichern.

4) umweltorientiertes Wirtschaften durch Internalisierung von Umweltkosten belohnt wird und dadurch zum Wettbewerbsvorteil wird?

„Die Preise müssen die (ökologische) Wahrheit sagen.“ DIE LINKE setzt sich in vielen Bereichen für die Umsetzung dieses alt bekannten Mottos der Umweltbewegung ein. Wir fordern daher ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern und den Abbau umweltschädlicher Subventionen wie z.B. die Aufhebung der Steuerfreiheit von Flugbenzin. Allerdings ist die Internalisierung der Umweltkosten über eine Besteuerung oder ähnliche Preisinstrumente nicht immer das beste Mittel der Wahl. Klare ordnungsrechtliche Vorgaben sind oftmals die einfachere und wirksamere umweltpolitische Maßnahme. Die Internalisierung von Umweltkosten darf zudem nicht sozial blind erfolgen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssen auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben. Dies bedeutet kein Zurückweichen vor den Herausforderungen des dringend erforderlichen ökologischen Umbaus, sondern ist vielmehr ein zusätzliches Argument für die Notwendigkeit eines starken sozialen Sicherungssystems – auch für die Durchsetzung ökologischer Anliegen.

5) regionale Entscheidungen zur gentechnikfreie Zonen rechtsverbindlich getroffen werden können?

DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Transgene Pflanzen gefährden Umwelt, Gesundheit und Landwirtschaft. Solange sie in der EU jedoch noch zugelassen sind, müssen sich Bürgerinnen und Bürger anders gegen den faktischen Gentechnik-Zwang wehren können. Daher unterstützen wir gentechnikfreie Regionen und Initiativen. Wir fordern, dass diese rechtsverbindlich eingerichtet und die EU-Freisetzungsrichtlinie bzw. das deutsche Gentechnikgesetz entsprechend geändert werden. Aktuell ist das über die so genannte Schutzklausel für EU-Mitgliedsstaaten nur zeitweise und kulturpflanzen-spezifisch machbar. Wir wollen kulturpflanzen-unabhängige und dauerhafte gentechnikfreie Regionen. Nur so kann eine gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei erhalten bleiben.

6) der Artenschwund nachhaltig gestoppt wird und Maßnahmen zum Aufbau der Biodiversität ergriffen werden?

Die auf internationaler Ebene immer wieder proklamierte Vorreiterrolle Deutschlands beim Schutz der biologischen Vielfalt, muss endlich durch konkrete Maßnahmen unteretzt werden. Denn es besteht akuter Handlungsbedarf: Die Bundesregierung wird das selbst gesteckte Ziel verfehlen, den Artenverlust bis 2010 zu stoppen. Wir wollen daher die Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten vorantreiben, die weitere Privatisierung von Naturschutzflächen beenden (Ausnahme: Naturschutzverbände) und den Flächenverbrauch drastisch reduzieren. Durch die Einführung eines Bundesprogramms "Biologische Vielfalt" wollen wir die „Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ kurz- und mittelfristig mit Leben erfüllen.

7) das Bankenwesen soweit stabilisiert und strukturiert wird, dass es für den Mittelstand wieder ein verlässlicher Partner wird?

Um den Kreditfluss (zu vernünftigen Konditionen) wieder in Gang zu setzen, um Transparenz zu schaffen und um die Kosten für den Staat zu vermindern, fordert DIE LINKE, marode Banken konsequent in die öffentliche Hand zu überführen. So wird der Einfluss auf die Geschäftspolitik der Banken gestärkt und die Refinanzierung der betroffenen Banken wird billiger. Damit können sie sich ihrer wichtigsten Aufgabe, der Kreditgewährung, wieder zuwenden. Kernproblem ist schließlich nach wie vor das fehlende Eigenkapital bei den Banken. Das Bad-Bank-Modell der Regierung ist dafür keine Lösung. Denn es reicht nicht, die Risikopapiere auszulagern und gegen staatlich garantierte Anleihen zu tauschen. Garantien sind kein Ersatz für Eigenkapital. Die Koalitionsparteien scheuen sich, den Banken Eigenkapital zu geben. Denn sie scheuen die öffentliche Forderung, Einfluss zu nehmen, die unmittelbar damit verbunden ist.

Insgesamt verlangt DIE LINKE grundlegende Reformen des Finanzsektors. Die Banken müssen sich wieder auf ihre Kernaufgaben – insbesondere die Finanzierung von Unternehmensinvestitionen – konzentrieren. Destabilisierende Bankpraktiken, wie etwa Kreditverbriefungen und Zweckgesellschaften ohne Eigenkapital, sind zu verbieten.

8) Forschungsgelder endlich konsequent für eine nachhaltige Ausrichtung der Nahrungsmittel-Produktion investiert werden?

Die Anforderungen an die Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion wachsen aus ökologischen und sozialen Gründen gerade in der globalisierten Welt. Für die Antworten auf die Problemstellungen muss die Forschung auf EU-, Bundes- und Landesebene gestärkt werden. Viele Forschungsgelder werden heute für umstrittene und fragwürdige Projekte, insbesondere im Bereich Agro-Gentechnik ausgegeben. Jeder Euro ist allerdings nur einmal vorhanden, daher setzt sich die LINKE für eine auf Nachhaltigkeit orientierte Verwendung der Gelder ein mit besserer Berücksichtigung der angewandten Agrarforschung. Schwerpunkte müssen aus heutiger Sicht gelegt werden auf die Begrenzung der Auswirkungen des Klimawandels und Anpassungsstrategien, die sozialen und ökologischen Folgen der unregulierten Globalisierung sowie die Fragen der Ernährungssicherung angesichts einer weiter

wachsenden Weltbevölkerung und schwindender Ressourcen.

9) die Bürger von Klein auf den Wert von Lebensmitteln und gesunder Ernährung zu schätzen lernen?

Gesunde Ernährung sowie Herkunft und Produktion von Lebensmitteln sollten deutlich mehr als bisher in Kindertagesstätten, Schulen und Berufsschulen Thema sein. Ernährungs- und insgesamt VerbraucherInnenbildung müssen ein viel stärkeres Gewicht erhalten und flächendeckend ausgebaut werden. Hier stehen die Bundesländer in der Pflicht.

Prinzipiell gilt aber auch, dass Ess- und Konsumgewohnheiten im Elternhaus geprägt werden. Gutes und gesundes Essen muss also für alle verfügbar und finanzierbar sein - sowohl in den privaten Haushalten als auch in Gemeinschaftseinrichtungen. Deshalb setzen wir uns neben der Forderung nach kostenlosem und gesundem Essen in Schulen und Kitas ein für eine soziale Politik: Erhöhung des ALG II, längere Bezugsdauer des ALG I, Erhöhung der Leistungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber, branchenübergreifender Mindestlohn etc.